

Die Arbeiter haben nichts zu verlieren als ihre Ketten, aber eine Welt zu gewinnen!

Der neue

V. b. b. Preis 12 Groschen

MAHRUS

Organ der Kommunistischen Linksopposition

3. Jahrgang

Wien - Graz, Juni 1931

Nummer 11

Kolonie Oesterreich.

Der Staat, der selbst mit einem Defizit von 1.50 Millionen ringt und den Arbeitslosen die Unterbringung nimmt, hat mit Hilfe des anglo-französischen Kapitals eine Anleihe von 150 Millionen Schilling aufgenommen, um die im Verfolge der Weltkrise zusammengebrochene Credit-Anstalt zu sanieren. Davon verwendet er statt 41.4 Millionen Schilling, also ungefähr jene Summe, um den Willen der Arbeitslosenversicherung zerrüttert werden soll. Doch alles halt nichts. Das internationale Kapital zog seine Einlagen bei der Credit-Anstalt zurück und neuerlich droht der Staat. Da geschah das Ungeheuerliche. Einbeistig, also mit den Stimmen der Sozialdemokraten, beschloß das Parlament, als Bürge und Zahler mit dem ganzen Vermögen und Einkünften des Staates, für alle Darlehen, die der Credit-Anstalt gewährt worden sind und gewährt werden, als 1933 die Haftung zu übernehmen. Alle für einen Betrag, der schätzungsweise:

Aber eine Milliarde Schilling

hinausgeht, das ist halb so viel als die Jahreserinnahme des Bundes. Ferner verpflichtet sich der Bund, eine Kontostelle und Kasse der Hochfinanz bei der Nationalbank und Credit-Anstalt anzuerkennen, die mit den weitestgehenden Vollmachten ausgestattet ist: das ist die Verwandlung Oesterreichs in eine Kolonie a la Tunis. Somit liegt es in der Hand der internationalen Hochfinanz, Oesterreich beim nächst besten Anlaß selbst den Zehn einer politischen Selbständigkeit zu rauben, und durch den Völkerverbund unter das Protektorat einer Großmacht zu stellen.

Die Sozialdemokratie begründet ihre Koalition mit den Christlichsozialen bei der völligen Auslieferung Oesterreichs an das anglo-französische Kapital mit der Arbeitslosigkeit von Hunderttausenden im Falle des Zusammenbruchs der Credit-Anstalt.

Welch eine Heuchelei, welche eine Niedertracht! Dem österreichischen Arbeiter wird die Notwendigkeit einer Unterwerfung untergeordnet mehr Opfer und Arbeitslosigkeit bringen als der Notwendigkeit Weltweitige Interessen und Wirtschaftsbeziehungen verbieten die Credit-Anstalt mit der Hochfinanz, Rumänien, Ungarn und Jugoslawien. Der Staat der Credit-Anstalt hätte die Rolle in diesen Ländern bedeutend verstärkt und wäre ein mächtiger Nachbar gewesen, das Diktaturregime in den Balkanstaaten zu erschüttern. Der Zusammenbruch der Reaktion am Balkan, eine revolutionäre Welle in Europa wäre für das Proletariat Oesterreichs und Deutschlands ein unvergleichlich größeres Plus in seinem Kampfe gegen die Bourgeoisie als alle Wahlfleige der Sozialdemokratie. Die Sozialdemokratie würde ihrer historischen Rolle untreu geworden sein, würde sie der Hochfinanz in dieser weittragenden und kritischen Situation nicht rechtes ihr Vertrauen zum Kapitalismus kundgetan haben. Noch mehr:

Die Sozialdemokratie erwie sie durch ihre Haltung als Träger des Henker und Kaligenregimes in den Balkanstaaten und in Ostösterreich-Ungarn.

Und wenn die Credit-Anstalt durch irgend eine Abgang der Hochfinanz oder im Prozeß der kapitalistischen Krise dennoch bankrott macht, wird das gesamte verctätigte Volk die Milliarden, für die der Staat haftet, mit seinem Blute bezahlen müssen. Die Hochfinanz, die Herren Großaktionäre werden, wie immer, ihren Teil sichern.

Was es keinen anderen Ausweg? Gibt es nicht in Oesterreich genug Vermögen und Schätze, die zur Weiterführung der Wirtschaft hätten herangezogen werden können? Was es keinen Ausweg aus der völligen Verflüchtung der Beschäftigten und der Kolonisierung Oesterreichs? Man hätte zu Blok nehmen müssen von dort, wo es liegt! Das Kirchenvermögen in Oesterreich hat einen Wert von einer Milliarde Schilling; das ist jenes Kapital, um dessentwillen die Sozialdemokratie im Berein mit den Bürgerlichen Oesterreichs Volk an die Hochfinanz ausgeliefert. Die nationale Ehre der Sozialdemokratie, die Trümpfe feiert, wenn es gilt, dem „Heil“gebrüll der Bürgerlichen den Rang abzulaufen, oder wenn es gilt, die Proleten zum Zurückhalten für Gott, Kaiser und Vaterland aufzumuntern, verstummt sofort, wenn sie an die ehernen Pforten Roms oder an die Paläste der Hochfinanz stößt.

Die Verschleppung des Reichsvermögens, die unbeschränkte finanzielle Kontrolle für Auslandsaufträge und Vererbung des Reichsvermögens zur Finanzierung der Industrie, die für Sowjetrußland arbeitet, das hätte ebenso Oesterreichs Unabhängigkeit geschützt und dem Proletariat Arbeit und Brot verschafft. Das hätte nicht zur Übertragung der Reichslehre, die jetzt im Geiste der Hochfinanzunterwerfung unter dem Prande der Besetzung des anglo-französischen Kapitalismus erfolgt wird, sondern zur Vererbung der Wirtschaft und Beschaffung von Arbeit für Hunderttausende Arbeiter geführt.

Wir müssen mit Bedauern feststellen, daß die Stalinistalle in Oesterreich, die KPD, wie immer auch in dieser ernsten Situation völlig verfaßt hat. Sowjetrußland führen sie immer im Munde, aber ihre Politik ist geradezu verbroderlich in Bezug auf die Interessen Sowjetrußlands, das einen schweren Kampf führt, um sich auf dem Weltmarkt gegen das internationale Kapital durchzusetzen. Gegenwärtig ist Oesterreich der realste Boden, auf dem der Kampf im ureigensten Interesse des gesamten österreichischen werktätigen Volkes (Arbeiter und Bauern) für ein junges Wirtschaftsbündnis mit Sowjetrußland geführt werden muß. Der Kampf gegen den Hungerlure der Regierung, die neuerlich eine Erhöhung der Agrarsteuern um das vier- und neunfache, der Industriezölle um das doppelte plant und gleichzeitig neue Massensteuern und Gehaltskürzungen (5 Prozent bei den Bundesbeamten), sowie die Zerrüttung der Arbeitslosenversicherung als unabwendbar bezeichnet, ist nur ein Teil des Kampfes gegen die Verflüchtung durch das internationale Finanzkapital. Während

in allen Betrieben Österreichs der Vorkraub vor sich geht, droht die Vorkraubfängerung mit einer neuen Welle von Zensur, Betriebsbeschränkung und Arbeitslosigkeit.

Die Sozialdemokratie hat bei der Vorkraubfängerung, unbehindert durch die gedankenlose und leichtfertige Politik der Stalinbürokratie in der KPÖ., die Macht des Finanzkapitals und der europäischen Reaktion neuerlich gefährdet.

Der österreichischen Arbeiterklasse wurden neue Ketten geschnitten. Für die revolutionären Arbeiter, für die Kommunisten gibt es gegenwärtig eine entscheidende Aufgabe: Das ist die Unterstützung der Linksopposition in ihrem Kampfe um die Gründung der kommunistischen Partei. Stommi und Heftl mit. Schließt euch an der kommunistischen Linksopposition Österreichs an. H. D.

Resolution.

der Exekutive der Komm. Linksopposition Österreichs.

Die Komm. Linksopposition Österreichs hat am 11. Jänner 1931 zu einer Plattform ihre Zustimmung als **Wahlprogrammgrundlage** gegeben, die in ihren wesentlichen Zügen, den in der Int. Linksopposition vorhandenen zentrifugalen Strömungen sehr bedenkliche Konzessionen machte. Diesen Fehler, den Gen. Trotzki als „organisatorischen Abenteuerismus“ (Multiplienaventurismus) bezeichnet, haben wir aus eigener Initiative, einige Tage nachher korrigiert, indem wir diese „Einigung“ liquidierten.

Ohne unsere Toleranz in prinzipiellen Fragen entzünden wir wollen, müssen wir darauf verweisen, daß wir diesen Schritt vor allem unter dem Druck der Intern. Leitung der Linksopposition getan haben. So wurde uns im Intern. Bulletin Nr. 3 politischer Bedantismus, bezüglich unserer Haltung gegenüber Arch. zum Vorwurf gemacht. Wir gingen von der Erwägung aus, daß die von Arch. abgespaltenen Arbeiterelemente, denen jede ideologische Selbständigkeit fehlt und die sich nach ihrer ersten Zusammenkunft mit Frank. Gräf von der Plattform der Wahnwitzgruppe losgesagt und auf die Plattform Gräfs festlegten im Prozeß der Diskussion und durch die Ereignisse belehrt, sich im Sinne der Auffassungen der Linksopposition revidieren werden und der Bewegung erhalten bleiben. Doch die ersten Stunden und Tage unseres politischen Wirkens ließen keinen Zweifel darüber, daß es Gräf mit Unterstützung der Gr. Architen nicht darum zu tun war, durch Diskussion zur marxistischen Klärung zu kommen, sondern durch die Einigung eine politische Tribüne für ihre Kapitulation zu errichten.

Unser Fehler bestand vor allem darin, daß wir es an der nötigen Unvermeidlichkeit prinzipiellen Fragen gegenüber fehlen ließen. Die Unvermeidlichkeit hätten wir auch — trotz des entgegengelegten internationalen Druckes — nicht preisgeben dürfen. Dem **Ergebnisentscheidungsmaß** galt es die **prinzipielle und unvermeidliche Einsae gegenüberzusetzen**. Die Erfahrung hat bewiesen, daß mit Nachgiebigkeit und Weitherzigkeit in ernstlichen politischen und prinzipiellen Fragen, weder das opportunistische Freigutentum noch das Kapitulantentum (Gräf) zu überwinden ist.

Zur russischen Frage.

Sowjetrußland befindet sich gegenwärtig im Anfangsstadium des Überganges vom Kapitalismus zum Sozialismus. Die Entwicklung in der Richtung zum Sozialismus ist bedingt durch die objektiven Verhältnisse (Entwicklung der Weltrevolution) und subjektiven Faktoren (Politik und Strategie der K. P. und W. P. U.). Trotz der gewaltigen Kraft der sozialistischen Wirtschaftsmethoden ist die Entwicklung zum Sozialismus keine krisenlose und automatische, wie Stalin lehrt, sondern eine, durch die historischen Bedingungen gegebene Entwicklung, die eine Anzahl von wirtschaftlichen und politischen Widerprüchen in sich birgt, die unter den Verhältnissen des Stalinregimes sich zur ernsten Gefahr der Eroberungsrevolution entwickeln können.

Gerade die gegenwärtigen Maßnahmen Stalins fördern die Klassendifferenzierung in den Kollektivwirtschaften, die sich mehr und mehr zu Domänen des wirtschaft-

lich mächtigeren Bauerntums gegen den landarmen Bauern und Landarbeiter entwickeln. Nur eine Kollektivierung, die sich auf die Industrialisierung der Landwirtschaft stützt, kann zu einer Festigung der sozialistischen Grundlagen der Sowjetwirtschaft führen. Die vom Stalinregime verkündete Kollektivierung der Landwirtschaft als Ergebnis ökonomischer Verhältnisse und des administrativen Druckes birgt die schwersten Gefahren für den Sowjetstaat in sich. Der Druck der in die Kollektiven gestürzten wohlhabenden Bauernschaft auf die Sowjetmacht gewinnt immer größere Bedeutung und gefährdet die Sowjetmacht in ihren Grundfesten. Die Stalinischen Kollektiven, die wegen der technischen und kulturellen Rückständigkeit Rußlands, mangels der notwendigen Produktionsmittel einerseits und wegen des großen Warenhungers andererseits teils verfaßt, teils offen antisowjetischen Strömungen Tür und Tor öffnen, liefern die Sowjetmacht, die auf die landwirtschaftlichen Produkte angewiesen ist, der völligen Abhängigkeit aus. Im Zuge der Kollektiven bilden sich neue kapitalistische Strömungen mit elementarer Macht heran: die Klassendifferenz im Dorfe nimmt neue, historisch höhere Formen an.

Das bürokratisch-abenteuerrische Tempo der Industrialisierung (30 statt 20 Prozent, 5-Jahresplan in 4 Jahren), das durch seine wirtschaftlichen Erwägungen, respektive Unterlagen begründet ist, überspannt die physischen Kräfte des Proletariats und wird, trotz des ungeheuren Erfolges, eine neue schwere Krisenquelle der Sowjetmacht. Statt des „Sozialismus in einem Lande“, den die Epigonen in allen Farben idealisieren, geht das Sowjetvolk nicht in der Richtung der Vorbereitung der klassenlosen Gesellschaft, sondern in der entgegengesetzten Richtung, nämlich der Reibung der Klassengegenstände, die abzuschaffen das Stalinregime prophezeit hat. Der bürokratische Druck auf die Arbeiterklassen, die Überspannung seiner physischen Kräfte, die Verschweigen der objektiven Schwierigkeiten und die Idealisierung der bestehenden Verhältnisse muß zwangsläufig bei den unausbleiblichen ökonomischen Schwierigkeiten (Krisen), in die das Stalinregime trotz aller Warnungen der Linksopposition hineintrifft, mit einer tiefen Enttäuschung und Erschütterung der breiten Massen enden.

Nicht der planwirtschaftliche Aufbau an sich, sondern die **konkreten Veränderungen, die im Sowjetstaat seit seinem Bestehen vor sich gegangen sind** (in seinem ökonomischen, politischen und rechtlichen Institutionen und in den Beziehungen der Massen), machen das **historisch marxistische Kriterium aus, nach welchem der Inhalt des historischen Zentralismus zu beurteilen ist**. Der im Sowjetstaat und in der dominieren herrschende Zentralismus, der unter den Schlägen der Linksopposition und der Wucht der ökonomischen Tatsachen die Idee des 5-Jahresplanes und der Industrialisierung der Plattform der Volkswirtschaften entlehnt hat, ist unfähig, eine konsequent proletarisch-sozialistische Politik und Ökonomie zu verfolgen. Er widerspiegelt weder die Interessen des Proletariats noch die der Bourgeoisie folgerichtig. Er trug in den kommunistischen revolutionären Theorien, wie z. B. die Theorie vom Sozialismus

in einem Lande, welche den revolutionären, internationalen Charakter des Sozialismus in ein utopisch-nationales Mäntelchen zu stecken versucht. Der Grundzug des Zentrismus ist sein permanenter Kampf gegen zwei Fronten. Die der proletarischen Elite, der linken Opposition, dort den rechten Strömungen in der Partei, die den Einfluß der feindlichen Klassen widerspiegeln: wobei der Zentrismus durch seinen Charakter objektiv der Wegbereiter der Diktatur des Proletariats feindlichen Klassen wird.

Mit der teilweise Abkehr vom Leninismus hat sich prozedant im Kampf gegen die Linksoption die Verankerung, Ausbreitung und Verschärfung der Partei- und Sowjetbürokratie vollzogen. Trotz der wirtschaftlichen Erfolge geht dieser Prozeß der Immunisierung und Zoonveränderung des Apparats weiter. Die WKP besteht als Partei nicht mehr: sie ist durch den Apparat ersetzt. Der Apparat beherrscht die Mitgliedschaft und fühlt sich nur nach oben verantwortlich. Das Mitbestimmungsrecht der Mitglieder in der Partei, das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter in den Betrieben und Gewerkschaften, das Kollektiv der Sowjets ist von der Bürokratie durch das Kommando ersetzt worden. Dieses Regime, das hochgekommen ist unter den objektiven Verhältnissen einer revolutionären Ebbe und sich aus der zweiten und dritten Garnitur der Parteiführer gruppiert, jenseitig anders, die unter Lenin Zeiten entweder eine untergeordnete oder gar keine Rolle spielten und zum Teil außerhalb oder am Rande der Partei standen verliert immer mehr die Fühlung mit der Arbeiterklasse und droht den sozialen Charakter der WKP zu vernichten.

Aus der Tatsache, daß das Stalinregime überimperialistische und bonapartistische Züge aufweist und unfähig ist, die Aufgaben der Oktoberrevolution zu erfüllen. Schlussfolgerungen auf den proletarischen Charakter des Sowjetstaates zu ziehen, ist absolut falsch und unmoralisch.

Sowjetrußland ist der Schwerpunkt der proletarischen Weltrevolution, seine rückhaltlose Verteidigung gegenüber den Angriffen des Weltkapitals ist die oberste Pflicht des Weltproletariats. Die Linksoption wird ihre ganze ideale Kraft einsetzen, um die Schwierigkeiten und Gefahren in die das Stalinregime die Oktoberrevolution gedrängt hat, abzuwehren, um die Bahn für die Entfaltung der Oktoberrevolution freizumachen. Die objektiven Gefahren und Schwierigkeiten der isolierten Sowjetmacht sind nur durch eine reale, Leninische Wirtschafts- und Klassenpolitik einzudämmen: nur der Sieg der proletarischen Weltrevolution wird sie überwinden.

Wir unterschätzen nicht die Gefahr, daß die Widersprüche des sozialistischen Aufbaus in der WKP, hervorgerufen durch die isolierte Lage Sowjetrußlands, dem Druck der antiproletarischen Kräfte sowie der antileninistischen Politik der Führung zu Eruptionen (Erschütterungen) führt. „Unter der Einwirkung der Züge, die von der Klassenbasis der Gesellschaft erfolgen, gehen im sozialistischen und parteilichen Ueberbau neue Prozesse vor sich, die in gewissen Grenzen einen selbständigen Charakter besitzen und wenn sie sich mit den Prozessen in der ökonomischen Basis vereinigen, eine entscheidende Bedeutung für den Klassencharakter des Gesamtregimes bekommen können, indem sie das Regime nach der einen oder anderen Seite drehen.“ (Trotski.)

Das waren die Auffassungen der kommunistischen Linksoption vor und nach der „Einigung“ vom 11. Jänner. Wir haben in jeder Form die Auffassungen, wie sie in der Plattform vom 11. Jänner als Diskussionsgrundlage zum Ausdruck kamen, abgelehnt und ihre Verurteilung durch die Intern. Linksoption gefordert. Wir haben niemals an den Grundfragen und der historischen Notwendigkeit der Linksoption gezweifelt oder geschwankt. Die Ziele, für

die die Linksoption kämpft, sind ebenso unantastbar wie es die Ziele Lenins waren, denn sie hat keine anderen Ziele und Ziele als die Lenins. Ebenso wie der Leninismus aus Ebbe und Flut der Arbeiterbewegung im Oktober 1917 zum Siege führte, ebenso wird er, verraten von den Epigonen, wieder zum Siege führen.

Im Kampfe siegte der Leninismus über den Menschewismus, im Kampfe wird der Stalinismus überwunden werden und den Weg frei machen zum Sieg der proletarischen Weltrevolution, die allein zum Sieg des Sozialismus führt.

Wien, 20. Mai 1931.

Erklärung.

Die „Arbeiter-Stimme“ Nr. 76 veröffentlicht auszugsweise ein oppositionsinternes Rundschreiben des Genossen Trotski, in dem Gen. Trotski eine zum Teil berechtigte, aber im wesentlichen eine übertriebene Kritik an unserer Gruppe übt. (Die in dieser Nummer veröffentlichte Resolution der Exekutive nimmt zu dieser Kritik Stellung.) Was Gen. Trotski über den Fall A. sagt, können wir, sofern es sich um die prinzipielle Stellungnahme zu solchen Fällen handelt, voll und ganz billigen. Aber es ist an die falsche Adresse gerichtet. Aren möge in diesen Worten Trotskis das Urteil über seine Taten lesen. Wir bedauern nur, daß Gen. Trotski auf Grund der skandalösen Untersuchungsverfahren der Kumpfkommision Molinier-Wille, über diesen Fall ein absolut falsches Bild bekam. Was Aren über Gen. Landau zitiert, ist aus dem Zusammenhang gerissen und entstellt. So heißt es bei Gen. Trotski auf einen kongreten Fall bezogen „Adeensfälschung“, während Aren daraus „Adeensfälscher“ macht. Wir überlassen es Aren, auch weiterhin im Zampf zu waten. Molinier und Wille werden es zu verantworten haben, daß sie in die Hände Arens Waffen gelegt haben, die nicht nur die Mahnruß-Gruppe, sondern vor allem die Internationale Linksoption in den Not zehren. Die Grazer Arbeiter kennen die linken Kommunisten und wissen wer ein Vernehmer ist. (Der Mann war niemals Mitglied unserer Gruppe) Die Behauptung der Arbeiter-Stimme ist eine Lüge. Die Erklärung wird dem Gen. Trotski beweisen, daß wir im Rechte sind. Aber das Urteil über Aren ist gefällt. Wir sind einig mit Genossen Trotski, wenn er in dem zitierten Rundschreiben feststellt, daß die Aren-Gruppe „genügend weit“ von der Internationalen Linksoption entfernt ist.

Die Redaktion des „Wahnsinn“.

Was uns Arbeiter schreiben.

Ein unangenehmer Bericht über Herrn Greiner.

Der Verhandlungsjaal des Gewerbegerichtes ist voll von Kaffee- und Gasthausangestellten. Sie sind alle gekommen, um den „schwer bedrückten“ Bächler des Hotels International, Herrn Greiner, zu hören, der die Entlassung des Betriebsratsobmannes Bippel beantragt, weil das Unternehmen „finanziell schwer zu ringen habe“. Also just der Betriebsratsobmann stand dem Herrn Greiner bei seinen Sanierungsbestrebungen im Weg.

Unter den Kaffee- und Gasthausangestellten war man schon lange über die antisozialen Zustände im Hotel International informiert und man wußte, warum gerade der Betriebsratsobmann abgebaut werden sollte.

Die Darlegungen des Sekretärs Jach von den Kaffee- und Gasthausangestellten vor Gericht bestätigten auch all das, was an Gerüchten über Greiner im Umlauf war.

Wegen fünfzig Angestellte wurden seit der Eröffnung des Hotels International wirtlich entlassen. Einen ihm unangenehmen Betriebsrat entließ Greiner unter dem Vorwand, er habe eine venerische Krankheit. Ein ärztliches Attest widerlegte diese infame Unwahrheit. Man sieht, Herr Greiner war in der Wahl seiner Mittel, um Entlassungen zu begründen, nicht wählerisch. Die schmutzigsten Mittel waren ihm gerade noch gut genug. Hierzu bis fünfzehn Stunden ließ er das Personal arbeiten, meist ohne Ueberstundenentlohnung. Zehnt die kollektivvertraglichen Löhne wollte der Herr den Angestellten schmälern.

Was wir hier anführen, ist aber bei weitem nicht alles. Man bekam über die Praktiken dieses Herrn vor Gericht bedeutend mehr zu hören. Dabei wurde Herr Greiner immer kleiner Er schrumpfte letzten Endes zusammen wie eine Schweinsblase der die Luft angeht. Es hat aber Zeiten gegeben, wo Herr Greiner sich schon als Sieger über den Betriebsratsobmann sah. Diese Siegesüberfrucht überkam ihn in der Regel in der sogenannten „Leuchten-Ede“, die, wie vor Gericht dargelegt wurde, das Rendezvousplatz der Betriebsratsführer mit Herrn Greiner war.

Einstmals hoffte gar Herr Greiner, den Betriebsratsobmann auch in diesen edlen Kreises der patentierten Maßdarmroboter einbeziehen zu können. Er sparte nicht mit besonders zarten Aufmerksamkeiten. Bulgär ausgebrüht, Herr Greiner verfuhr mit guten Rissen dem Betriebsratsobmann das Maul zu stopfen. Als sich der Vertreter der Angestelltenenschaft des Hotels International nicht tödern ließ, da äußerte sich Greiner: „Ich werde schon Mittel und Wege finden, den Wippel hinauszubringen.“

Herr Greiner hat jedoch den kürzeren gezogen. Das Gericht hat sich gegen die Entlassung ausgesprochen.

Die Gast- und Kaffeehausangestellten werden nun mit Interesse die Haltung der sozialdemokratischen Partei verfolgen, ob sie nun die Konsequenzen zieht und Herrn Greiner an die feuchte Luft setzt.

Freundschaft! Herr Stadtrat Urner.

Am 28. Mai vormittags war ich bei meinem Nationalen Doktor Braun, Grazbachgasse. Als ich im Wartezimmer saß, kam aus dem Ordinationszimmer Herr Stadtrat Urner. Da mich Genossen schon öfter aufmerksam gemacht haben, daß „Genosse“ Stadtrat Urner auf den Ruf „Freundschaft“ nur mit „Guten Tag“ dankt, so wollte ich mich selbst überzeugen und grüßte mit einem kräftigen „Freundschaft“, worauf mir „Genosse“ Urner kleinlaut ein „Guten Tag“ zukommen ließ. Solchen Leuten, die sich des Wortes „Freundschaft“ schämen, sollen wir bei den Wahlen unsere Stimme geben? Freundschaft, Herr Stadtrat Urner.

Ein Parteigenosse des sechsten Bezirkes.

Wohlt, Zumberei oder Schläne?

Neue Methoden haben die Gewaltigen der Finanz ausgeheckt, um den Arbeitslosen das Leben zur Hölle zu machen. Sie bestreben, daß die Geldholenden, insofern sie noch die Unterstützung beziehen, zwei Kontrollstempel, die Bezüher der Notstandsanhilfe I und II drei Kontrollstempel in ihren Karten haben müssen, wobei der Tag der Auszahlung nicht als Kontrolle gerechnet wird. Ein wahres Beirrennen der Arbeitslosen zwischen Finanz und Arbeitsnachweis war die Folge dieser Verfügung. Aber die Schalterbeamten des Arbeitsnachweises erklären, sie lassen sich von der Finanz keine Vorschriften machen, und so kommen die Arbeitslosen zwischen zwei bürokratische Mäuer und werden gehetzt wie Tiere. Und die J.B. sieht dem Treiben ruhig zu, denn man weiß nie, ob das nicht wieder Gelegenheit gibt zur Ausbeutung. Mit diesen Methoden muß Schluss gemacht werden.

Wir wollen keine Audeiterischen-Zahnwünder sein!

Zur Wochen bereiten wir uns schon für die Linnumade vor und wert, wo wir uns die Geld vom Kunde abgeholt haben, um ja die Fahrt nach Wien mitmachen zu können, hat man uns mitgeteilt, daß wir uns mit der Kommitte des Zahnwünder an der Linnumade nicht beteiligen dürfen. Wohl aber gestatte man uns, mit Audeiterischen Zehrens zu fahren. Glauben die Herren Kommitte, wir sind schon Audeiter geworden, nein, und abermals nein. Wir bleiben die revolutionäre Garde der Arbeiter und werden es ab, Audeiterischen Zahnwünder zu sein. Der Vorstand der Grazer Zahnwünder ist damit nicht einverstanden und lehnt es ab, mit Audeiterischen nach Wien zu fahren. Ein Zahnwünder.

Wiß macht einen neuen Laden auf.

Mit der Ausbildung der Beurteilung des Metallarbeiterverbandes in Ziehermag hat sich die Verbandsbürokratie der oppositionellen Zerrömungen in Graz entledigt. Das war ja der Zweck dieser Maßnahme. Die dem oppositionellen Sekretär Witz folgenden Funktionäre und Betriebsräte haben, fast innerhalb des Verbandes einen toniequenten Kampf gegen den Reformismus und für den revolutionären Massenkampf zu führen, den bequemeren Weg gewählt. Sie gründeten einen neuen Verband: „Zentraler Metallarbeiterverband“. Damit haben diese Genossen den Weg des Verderbens gewählt, jenen Weg, der den Kommitte der denkbar angenehmste ist, denn sie sind der oppositionellen Geister los. Aber der neue Verband kann nur eine Karrikatur werden, der Verwirrung und Zersplitterung schafft, aber niemals gewerkschaftliche, revolutionäre Arbeit leisten wird. Auf Grund welchen Programms, auf Grund welcher Grundzüge wollen die Genossen vom „Zentralen Metallarbeiterverband“ arbeiten? Wir wiederholen nochmals, was wir schon im „Mahnru?“ Nr. 3 gesagt haben: „Es hieß das Verderben der Arbeiterschaft wollen, würden sich Grazer Metallarbeiter jenen Bestrebungen nachgiebig zeigen, die auf die Neugründung eines roten Metallarbeiterverbandes hinführen. Gerade jetzt müssen die Metallarbeiter von Graz ihre Rechte als Mitglieder voll und ganz zur Geltung bringen und jeden Spaltungsversuch der Bürokratie an dem unerschütterlichen Willen, eine revolutionäre Opposition innerhalb des Verbandes zu werden, scheitern lassen.“

Der alte Josef geht weiter.

In der Finanzanzahlungshalle Graz (Laudauer) sind noch immer die alten Zustände, überhört von Dr. Wohnfeld. Arbeitslose, die nach auswärts oder in Graz Arbeit bekommen, müssen 2-3 Tage auf ihr Geld warten, ansonsten dieser Arbeitslose keine Unterstützung verleiht. Die Folge davon ist, daß viele kein Geld haben zum Leben, denn vom Unternehmer bekommen die Arbeiter wegen der Strohwoche erst nach 14 Tagen Arbeit das erste Geld. Alle Tage weinen vor der Finanz Tuhende Frauen mit ihren Kindern. „Wir haben keinen Groschen“, „kein Geld“, „kein Brot“, „Der Mann soll arbeiten und hat nichts zu essen“ w. Das sind unhaltbare Zustände. Wir die Arbeitslosen fordern die Auszahlung bei Abmeldungen am Tage der Abmeldung. Wir fordern von der Landes-Finanzdirektion die sofortige Abhilfe, die Befestigung dieser Zustände. Arbeitslose fordern vom Arbeitslosenkommitte die Befestigung dieser Wirtschaft Entsende eine Deputation zur Finanz-Landesdirektion und J.B. Ein Arbeitsloser.

Eigenümer, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Karl Daniel, Metallarbeiter, Wien, 3. Bez., Gattengasse 1. Verleger, Hans Thoma, Holzarbeiter, Wien, 2. Bez., Novarogasse 24. (Im Auftrage der komm. Linksoption.) Druck: „Arbeiter“, Wien, 2. Bez., Tabakstraße 32b.